

Brief aus Neuseeland

Von Oliver Hartwich — In der letzten Woche ist das Weltgeschehen nach Neuseeland gekommen. Als Neuseeländer wünscht man sich nichts mehr, als dass es möglichst bald wieder verschwinden möge.



Trauerfeier in Christchurch.

In Neuseeland ist man nicht ganz von dieser Welt. Es gibt doppelt so viele Kühe wie Menschen und fünfmal mehr Schafe. Das nächste grössere Nachbarland ist dreieinhalb Flugstunden entfernt. Auf manchen Karten werden wir schlicht vergessen.

Vor allem aber passiert in Neuseeland selten Weltbewegendes. Die Versenkung des Greenpeace-Schiffes «Rainbow Warrior» im Hafen von Auckland durch Agenten des französischen Geheimdienstes, war lange die einzige Ausnahme dieser Regel. Aber selbst das liegt bereits 34 Jahre zurück.

Als zugereister Politikberater hat man sich an die Überschaubarkeit Neuseelands zunächst zu gewöhnen – und lernt sie dann zu schätzen. Neuseeland ist das Land, in dem man mit Spitzenpolitikern sofort per du ist, neben Ministern in der Economy-Class sitzt und der Premierministerin im Supermarkt begegnet.

Seit sieben Jahren arbeite ich in diesem freundlichen Polit-Biotop als Leiter der grössten Denkfabrik des Landes. Doch nach dieser Woche ist nichts mehr, wie es war.

Am Mittwoch, dem 13. März, schreckt das Hauptstädtchen Wellington auf. Der Co-Chef der Grünen, Klimawandel-Minister James Shaw, ist auf dem Weg zum Dienst tätlich angegriffen worden. Shaw war Musik hörend zum Parlament gelaufen, als ihm ein offenbar geistig

Verwirrter unvermittelt mit der Faust ins Gesicht schlug. Ich schicke James, den ich gut kenne und schätze, eine besorgte SMS. «Alles halb so wild», schreibt er zurück, «ist nur ein blaues Auge.» In unseren Zeitungen wird trotzdem der Untergang, wenn auch nicht des Abendlandes, so doch zumindest Neuseelands, ausgerufen – so viel Gewalt geht gar nicht. Selbst Spiegel online berichtet plötzlich über uns. Das gibt es sonst nur bei Erdbeben.

Doch war dies nur ein blasser Vorgeschmack auf Freitag, den 15. März. Am frühen Nachmittag erreichen uns erste Nachrichten von einer Schiesserei in Christchurch, der grössten Stadt der Südinsel. Ja, Schusswaffengewalt gibt es hier gelegentlich. Aber meistens passiert dann doch nichts Schlimmes. Selbst die Polizei ist in der Regel unbewaffnet.

Am Freitag ist es anders. Die anfangs vagen Berichte werden langsam konkreter. Erst ist von einer Moschee die Rede, dann von einer zweiten. Und dann dieses Wort, das seit dem Anschlag auf das Greenpeace-Schiff nie wieder benötigt wurde: Terror.

Als das volle Ausmass des Massakers ersichtlich wird, ist es bereits Abend. Mehrere Dutzend Muslime sind beim Freitagsgebet von einem rechtsextremen Australier ermordet worden. Die Zahl der Opfer steigt später auf fünfzig Tote.

Für einen gefühlten Augenblick, der das ganze Wochenende anhält, erstarrt Neuseeland. Gewaltorgien kennen wir nur aus Kinofilmen, Anschläge aus den Weltnachrichten. Aber Terror, hier?

Ich schaue online, wie gewohnt, «BBC Newsnight» und das ZDF-«Heute-Journal». Normalerweise sehe ich diese Sendungen, um einmal «richtige» Nachrichten zu sehen und nicht irgendwelchen neuseeländischen Kleinkram. Nur heute dreht sich alles um Neuseeland. Mein guter Bekannter Raf Manji, Stadtrat in Christchurch, erklärt der BBC, was nun getan werden muss. Marietta Slomka moderiert im «Heute-Journal» Christchurch an und spricht es wie Christ-Stollen aus. Kein Wunder, wir waren nie zuvor auf dem ZDF-Radar.

Am Montag trifft sich unser Team zur Morgenrunde. Stille. Beklommenheit. Niemand weiss, was man sagen soll. Wir sind Terror einfach nicht gewohnt.

In der letzten Woche ist das Weltgeschehen nach Neuseeland gekommen. Als Neuseeländer wünscht man sich nichts mehr, als dass es möglichst bald wieder verschwinden möge.

Mein Genua



Renzo Piano, Brückenbauer.

Dies ist meine Stadt, seit meiner Kindheit. Ihr Hafen, die Schiffe, die Kräne – immer ist alles in Bewegung.» Als Renzo Piano, der weltberühmte Sohn Genuas, in einem patriotisch-ehrgeizigen Mitleidsakt nach dem fatalen Einsturz der maroden Morandi-Autobahnbrücke vom vergangenen 14. August sich an den Wiederaufbau machte, hoffte er, Italien aus den Angeln zu heben. Piano rettete schon die zerfallende, verslumte Altstadt. Der Architekt, bereits 81, verkündete, seine neue Brücke, eine Stahlkonstruktion mit 19 elliptischen Pfeilern über 1100 Meter hinweg, werde «tausend Jahre halten» und noch 2019 fertiggestellt.

In Pianos Werkstattlabor sind vollkommene Gebäude wie das Centre Pompidou und in der Schweiz die Fondation Beyeler und das Zentrum Paul Klee entstanden. Schon sein Vater war Bauunternehmer. Piano sieht sich in der Tradition der Renaissance, ein Meister auch des Praktischen (in der Verwendung von Materialien), der den Alltag der Menschen positiv beeinflusst. Doch die Katastrophen-Fossile stehen immer noch im ligurischen Küstenwind, verankert in der chronisch trägen Bürokratie und im toten Fortschrittsglauben der Vergangenheit. In den Betonresten der Brücke wurde Asbest festgestellt. Was aber seit je bekannt ist. Denn damals, in den sechziger Jahren, galt Asbestos (altgriechisch, bedeutet «unvergänglich») als Wunderfaser, und es wurde nicht nur am Bau, sondern in geringen Mengen sogar in Baby-puder, Zahnpasta und Wäsche verwendet – bis seine krebsauslösende Wirkung nachgewiesen wurde. Bei Sprengungen würde Giftstaub freigesetzt. Die Verzögerung beim Bau der Brücke wird vorläufig auf ein Jahr veranschlagt.

Gerade machte Chinas Staatschef Xi Jinping Italien seine Aufwartung. Genua ist ein Wunsch-Terminal der Chinesen für ihr Projekt einer neuen «Seidenstrasse», und die Chinesen sind auch brillante Brückenbauer, wie ihre 55 Kilometer rekordlange Verbindung von Hongkong nach Macau beweist. Der moderne Hafen Genuas entstand nach Pianos Masterplan.

Peter Hartmann

Pro Armee

Von Beat Gygi — Der zivile Teil der Ruag wird es allein schwer haben.

Bundesrätin Viola Amherd hat an der Pressekonferenz zur Aufspaltung des Rüstungs- und Technologiekonzerns Ruag einen Satz gesagt, dar aufhorchen lässt: «Die neue Konzernstruktur ermöglicht es dem Bund, seine Interessen als Eigner der für die Armee tätigen Geschäftsbereiche besser wahrzunehmen.» Daraus muss man schliessen, dass die heutige Ruag, die einen Armeeorientierten Teil sowie einen auf Zivilgeschäft und Ausland ausgerichteten Teil hat, für Bund und Armee die schlechtere Lösung darstellt.

Das steht in grellem Gegensatz zu den früheren Plänen und Visionen. Mit der zweiarmligen Konstruktion wollte man seinerzeit ein Unternehmen schaffen, das einerseits in den zivilen und internationalen Märkten derart gut arbeitet und Geld verdient, dass es andererseits die Schweizer Armee umso günstiger beliefern kann. Man zählte auf eine interne Quersubventionierung zugunsten der Armee.

Unklare Verhältnisse

In der Praxis kam es anders: Der zivil-internationale Teil der Ruag war nicht fit genug für die harten Märkte, er verdiente mit dem Weltmarktgeschäft, den Produkten und Dienstleistungen für die Luftfahrt, mit Munition und Elektronik mehr schlecht als recht. Bundesrätin Amherds Bemerkung lässt darauf schliessen, dass die Quersubventionierung offenbar in der unerwünschten Richtung stattfand: Das Armeegeschäft musste erhalten, um den wettbewerbsorientierten Teil zu stützen. Ganz genau kennt man die Verhältnisse allerdings nicht, weil die Produkte und Leistungen für die Armee in der Buchhaltung nie scharf von den anderen Geschäften getrennt betrachtet wurden.

Schon seit längerem geht die Eidgenössische Finanzkontrolle der Frage nach, ob die Ruag-Verantwortlichen der Armee allenfalls zu hohe Rechnungen gestellt haben, um das zivile Geschäft zu stützen. Die Finanzdelegation des Parlaments sucht derzeit Klarheit über die Gewinnmargen verschiedener Ruag-Einheiten zu gewinnen. Im Interesse der Steuerzahler muss man, vor allem die Finanzkontrolle, nun aufpassen, dass die Aufspaltung des Konzerns nicht genutzt wird, um bei den umfangreichen Umbauarbeiten rasch Löcher zu stopfen, bevor diese öffentlich sichtbar werden.

Schutzgeldzahlung

Von Christoph Mörgeli — Der Nationalrat sagt «Ja, aber» zur EU-Kohäsionsmilliarde. Das Erpresserische dieser Zahlung für den europäischen Marktzugang bleibt ein Ärgernis.

Nach dem Bundesrat hat nun auch der Nationalrat die Kohäsionszahlung von 1,3 Milliarden Franken an Ost- und Südeuropa mehr oder weniger durchgewinkt – er will einzig keine «diskriminierenden Massnahmen» seitens der EU tolerieren. Schon die Präambel des fixfertig ausgehandelten institutionellen Abkommens macht klar, dass weitere Milliarden von der Schweiz erwartet werden. Es gelte nämlich, «zur Reduktion der wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten» zwischen den europäischen «Regionen» beizutragen – von Staaten ist in der EU schon gar nicht mehr die Rede. Es geht um «autonome Beiträge der Schweiz an verschiedene Projekte und Programme in der Europäischen Union angesichts ihres Zugangs zum EU-Binnenmarkt».

Wenn in der Aussenpolitik von «wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten» gesprochen wird, ist die Konsequenz klar: Die Schweiz muss zahlen. Der Uhrenunternehmer Nick Hayek hat in der letzten «Samstagsrundschau» von Radio SRF Bemerkenswertes gesagt. Schon der deutsche Kanzler Helmut Kohl habe anlässlich eines Besuchs bei Hayeks Vater das Interesse der EU an der Schweiz so begründet: «Es geht um Kohle.» Und er habe damit keineswegs an Braunkohle gedacht.

Anrühige Checkbuchpolitik

Die Checkbuchpolitik der Schweiz gegenüber der EU bleibt anrühig, die einseitigen Tributzahlungen für den Marktzugang haben etwas Unappetitliches. Zumal die EU mehr in die Schweiz exportiert als umgekehrt. Ein echt liberaler Freihandel verträgt sich schlecht mit zusätzlichem Schmier und Salben. Obendrein geht der Löwenanteil des Geldes direkt an unsere wirtschaftlichen Konkurrenten mit viel höherem Wirtschaftswachstum. Auch gehören Firmenauslagerungen nach Polen heute zum Schweizer Wirtschaftsalltag. Wir haben der EU im Dienstleistungsbereich unseren Markt geöffnet, ohne dafür Gegenrecht zu erhalten. Der frühere Aussenminister Joseph Deiss (CVP) sprach bei der ersten Kohäsionsmilliarde von einer «kleinen Geste», sein derzeitiger Amtsnachfolger Ignazio Cassis (FDP) von einem «winzigen Beitrag». Der gewöhnliche Bürger staunt, in welchen Vermögensverhältnissen diese Herren offenbar leben.

Die Vertreter der SVP wehrten sich wortreich gegen die Zahlung, mussten sich aber vorwerfen lassen, sie hätten kein Referendum ergriffen. Eine Volksabstimmung wird es also

nicht geben. Die Linke stimmte dem Beitrag bedingungslos zu, während sich die Mitte schliesslich mit der Forderung durchsetzte, dass keine diskriminierenden Bedingungen der EU akzeptiert würden. Damit schuf der Nationalrat eine Differenz zum Ständerat und kann so die unpopuläre Milliardenzahlung vielleicht über die eidgenössischen Wahlen vom Herbst retten – in der Kleinen Kammer raunte man sogar über einen einzufordernden Zusatzbericht des Bundesrats.

Der Umgang mit den Kohäsionsgeldern in den Empfängerländern ist – wie Kenner vor Ort immer wieder bestätigen – mitunter durchaus problematisch. Viel Geld geht an nutzlose Projekte, fragwürdige Organisationen oder versickert ganz in der Bürokratie. Auch hat die helvetische Finanzspritze zur Folge, dass Polen, Rumänien und Bulgarien ihre Ressourcen vermehrt in die militärische Aufrüstung stecken können. Vom Abfluss in die Administration profitiert auch unser eigener Verteilapparat, werden doch neckischerweise von der Ost- und Südhilfe 65,1 Millionen Franken für «Eigenaufwand der Bundesverwaltung» abgezweigt.

Es sind gemeinhin kriminelle Organisationen, die Schutzgeld erpressen. Im Gegensatz zur Kohäsionsmilliarde, welche die EU am Ende bedingungslos einsacken wird, geniesst der Zahler an die Mafia nachher immerhin einen gewissen Schutz.



«Winziger Beitrag»: Aussenminister Cassis.